

Erscheint in Leipzig  
Mittwoch, Freitag, Sonntag.  
Bestellungen nehmen an alle  
Postanstalten u. Buchhand-  
lungen des In- u. Auslandes.  
Filial-Expeditionen  
für die Vereinigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
Peter Haß,  
8. W. Corner Third and  
coates str. Philadelphia.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis  
für ganz Deutschland  
1 R. 20 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements  
werden bei allen deutschen  
Postanstalten auf den zwei  
u. drei Monat und auf den  
zwei Monat besonders an-  
genommen; im Reg. Sachsen  
u. Erzgeb. Sachs.-Altenburg  
auch auf den 1ten Monat des  
Quartals à 54 Pf.

Organ der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergnügungs-  
Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 92.

Freitag, 13. August.

1875.

## Strikes sind ein Zeichen mangelhafter Organi- sation der Gewerkschaften.

(Schluß.)

Kz. Im Kampfe, auch im ökonomischen, siegt wer mächtiger ist, die beste Organisation hat, wer mit größerem Muthe, größerer Selbsterleuchtung in den Kampf geht. Wir finden die größere Selbsterleuchtung, den größeren Muth bei den Arbeitern, allein der Mangel an diesen moralischen Eigenschaften bei den Kapitalisten ist für den Kampf zur Zeit gar nicht so wesentlich, hier ersetzt das Bewußtsein, der mächtigen Partei anzugehören, verbunden mit der Erkenntnis des Vortheils, welcher aus engem Zusammenhalten entspringt, den eldernen Corpsgeist. Die unterdrückte Sache bedarf wohl müthiger, opferfähiger Kämpfer, die herrschende Klasse bedarf nur Mitglieder und Soldaten, die Andere zu opfern bereit sind. Erst wenn der Kampf schwankt, werden die moralischen Eigenschaften den Ausschlag geben. Was nun den ökonomischen Kampf zwischen Capital und Arbeit betrifft, so dant die Arbeiterklasse ihren moralischen Eigenschaften bereits, daß ein Rückgang der Arbeiterbewegung trotz ungünstiger Verhältnisse nicht eingetreten ist, positive Erfolge können wir noch nicht erwarten.

Die materielle Uebermacht der Capitalistenklasse ist eine gewaltige. Wie verschwinden jene Summen, über welche die Gewerkschaften disponiren, jene Groschen, welche die einzelnen Arbeiter zur Unterstützung streikender Kollegen sich abwachen können, was sind sie im Vergleich zu den disponibeln Mitteln der Capitalisten, was sind sie im Vergleich zu der Größe der Aufgabe, das Arbeitsangebot minder drängend zu machen.

Wenn früher ein Unternehmer die Fabrik eine Woche stehen ließ, so erschien ihm das viel, heut löschen die Hochofenbesitzer die Feuer, um den Arbeitern nicht einen größeren Antheil als bisher am Arbeitsertrag zu gewähren, der Kampf hat größere Dimensionen angenommen und unter den Capitalisten herrscht festerer Zusammenhang als bisher. Der Fabrikant steht ferner mindestens eben so gut als der Arbeiter, daß die vorräthige Production dem Fabrikanten das Uebergewicht giebt, er wird also daher sorgen, daß immer so viel produziert ist, daß die Kraft der Arbeiter einige Zeit entbehrt werden kann, kommen doch selbst die Uebertreibungen auf einzelnen Gebieten der Production dem Großcapital zu Gute, welches gelegentlich der Krisen das kleine Kapital verschlingt.

Soll sich nun der Arbeiter, weil er ökonomisch ohnmächtig ist (gestatten Sie mir den kurzen im Vorhergehenden genügend erklärten Ausdruck) den Arbeitsbedingungen des Capitalisten durchaus fügen? Soll er allein auf eine staatliche und gesellschaftliche Umwälzung rechnen? Nein, auch in der Gegenwart soll er seine Lage nach Möglichkeit zu verbessern suchen und wenn ich persönlich auch glaube, daß eine theilweise Besserung der Arbeiterlage früher und ausgiebiger auf dem Wege der Gesetzgebung als durch den gewerkschaftlichen Kampf zu erreichen ist, so stimme ich doch mit, wie ich glaube, allen Parteigenossen darin überein, daß beide Wege mit Energie verfolgt werden sollen. Nur die Strikes, die Strikeandrohung und die Vorbereitung zum Strike halte ich unter den gegenwärtigen Umständen für ein wirkungsloses, ja die Arbeiterpartei selbst verlegendes, glücklicher Weise aber, wie ich entwickeln werde, einbehaltliches Kampfmittel. Ich weiß sehr wohl, daß die meisten Arbeiter in den sozialistischen Gewerkschaften den Strike ebenfalls nur als ein letztes Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes ansehen, allein man erwartet doch im äußersten Falle einen Erfolg, einen Erfolg, der bei der nöthigen Energie in Durchführung und bei guter Vorbereitung und Leitung eintreten müsse, außerhalb der sozialistischen Gewerkschaften aber bildet man sich geradezu ein, die Vorstände jener Gewerkschaften seien permanente Strikecommissionen, deren Thätigkeit nur zwischen Vorbereitung und Ausführung der Strikes wechselt.

Wir erscheinen bei der gegenwärtigen ökonomischen Lage der Capitalisten und Arbeiter, wie ich sie im Früheren dargestellt habe, der Strike ein eben so großer Fehler, als wenn eine Schaar tapferer Schützen aus waldigem Gebirge einer wohl ausgerüsteten Armee ins freie Feld entgegenzögen wollten. Vereinzelt kämpfen, sich einzeln zu Grunde richten lassen, soll der Arbeiter freilich nicht. Auch der Gebirgskampf bedarf der Organisation, ja einer guten strammen Organisation, um die schwierige Verbindung der Kämpfenden genügend herzustellen. Und so meine ich, sollen auch die Gewerkschaften von gedachter Stellung aus den Kampf führen, den großen Kampf der Strikes aber meiden so viel es geht. Durch eine intensive centralistische Organisation der Arbeitsnachweisungsbureaus sollen sie das Arbeitsangebot wirksam zu reguliren suchen.

Von den lokalen Nachweisungsbüreaus, welche unter Leitung eines Vertrauensmanns der Gewerkschaft und unter Controle des Localvorstandes stehen, mögen regelmäßige Berichte über den Arbeitsmarkt und über die Preise der Bedürfnisse an das Centralbureau eingehandt werden, so daß dieses mit Verlässlichkeit entprechender Reisekosten jedem lokalen Bureau angeben kann, ob es angemessen ist, von dort Arbeitskräfte weg zu dirigiren, oder von andern Orten her anzunehmen. — Bisher hatte man wohl einzelne Berichte über die Lage der Arbeiter an einzelnen Orten, allein es fehlte die Vollständigkeit in den Hauptfachen, welche allein ein Urtheil möglich macht, und selbst wenn der einzelne Arbeiter oder die einzelne Mitgliedschaft Material gehabt hätte, so hätte es doch an Zeit und Verständniß gefehlt zu einer Vergleichung, welche nur diejenigen anstellen können, welche sich längere Zeit mit diesem Geschäfte befassen. — Bisher wurde eine Direction der Arbeitskräfte nur bei ausgebrochenem oder unmittelbar drohendem Strike

versucht, allein durch rechtzeitige Direction sollte eben der Strike vermieden, auf seltene Ausnahmefälle beschränkt werden; für gewöhnlich wird es genügen, wenn einem Unternehmer oder einem ganzen Orte, wo die Arbeiter schlecht gehalten werden, erst die besten Arbeiter, dann mehr und mehr, je nach dem Gelegenheit zu besserer Unterbringung gegeben ist, entzogen werden. Partielle Strikes mögen eintreten nur bei Fällen eclatanter Rechtsverletzung, besonders aber bei chroischer Behandlung der Arbeiter.

Es ist selbstverständlich, daß solche Arbeitsnachweisungs-Organisation ganz allein in den Händen der Arbeiter sein muß. Arbeiter und Capitalist haben bei der Theilung des Arbeitsertrages ganz direkt entgegengesetzte Interessen. Unser Arbeitsnachweisungs-Bureau soll nach Möglichkeit den Antheil der Arbeiter noch während der capitalistischen Produktionsweise allmählig vergrößern. Will sich also der Arbeiter darauf verlassen, daß durch die Direction der Arbeitskräfte (die, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen sei das noch erwähnt, stets eine freiwillige nur auf Rath und offene Darlegung der Verhältnisse gegründete ist) sein Interesse gewahrt werde, so mag das Geschäft ganz allein durch Kameraden seines Vertrauens geleitet werden.

Diese vorgeschlagene Organisation erfordert freilich viel Arbeit, und da mindestens mehrere Arbeiter des Centralbureau eines Gewerkes ihre ganze Zeit dem Geschäfte widmen müssen, auch nicht wenig Geld, allein die Kosten sind, wie ich glaube, verschwindend gegen die Kosten eines mittelmäßigen Strikes, dessen zweifelhafter und wenig haltbarer Erfolg durch jene gefahrlose dauernde und wirksame Organisation entbehrlich gemacht werden soll.

Außerdem ist diese Arbeitsnachweisungs-Organisation geeignet wie nichts anderes, eine Verbindung innerhalb des ganzen Arbeiterkreises eines Gewerkes anzuknüpfen, auch die bisher indifferenten Arbeiter zur thätigen Betheiligung an den Bestrebungen zur Aufbesserung der Arbeiterlage heranzuziehen.

Nicht jedes Gewerk wird freilich augenblicklich durch Zahl und Geldkräfte seiner Mitglieder in der Lage sein, in ganzer Vollkommenheit diese Organisation einzuführen, allein gerade das Vorgehen auf diesem Wege wird den Gewerkschaften neue Mitglieder und damit die Möglichkeit immer besserer Organisation zuführen.

Ich selbst sehe meinem Berufe nach, der in der sozialistischen Partei nur wenig thätige Mitglieder zählen mag, außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, bin aber, soweit es nach öffentlichen Berichten geschehen konnte, mit regem Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung und ihren Resultaten gefolgt, und halte es deshalb nicht für unbedeutend, trotz meines Außerhalbstehens den Parteigenossen in den Gewerken meinen Vorschlag an dieser Stelle zu unterbreiten.

## Aus England.

London, 1. August.

Der Vobgesang unserer Gesetzmacher und Zeitungsschreiber über die Arbeitergesetze des Herrn Croft ist bei der Berathung der einzelnen Paragraphen derselben im Hause der Gemeinen in kleinliches Gezänke übergegangen. Ob die liberale Opposition, welche anfangs das Werk des Ministers nicht genug rühmen konnte, beschloffen hat, die Regierung in Arbeiterfreundlichkeit zu überbieten, weiß ich nicht. Thatsache ist, daß jeder einzelne Punkt des Gesetzes Anlaß zu großen Spiegelscherereien gab. Liberale, welche noch vor kurzem steif und fest auf den anrüchigen „Maister and Servants Act“ geschworen hatten, warfen nun auf einmal mit Worten wie „Klassengesetzgebung“, oder „Verschiedene Gesetze für Arme und für Reiche“ herum, während Herr Croft mit rührender Bähigkeit behauptete, mit den vorgeschlagenen Gesetzen den weitestgehenden Wünschen des Arbeiterstandes gerecht geworden zu sein. Er beruft sich dabei auf die Wortführer der „Beehive“-Partei, welche allerdings nie viel und nichts energisch verlangt und somit die neue Brüdergattung mit verschuldet hat. Arbeiterfreundlichkeit haben und drüben und das Resultat ist ein dem Arbeiter feindliches Gesetz! Es ist in dritter Lesung wesentlich unverändert angenommen worden. Aus dem „Gesetz für Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ist zwar die Gefängnisstrafe in § 3 e) gestrichen und der Strafzins gegen rebellische Lehrlinge von 1 Monat auf 14 Tage Gefängnis herabgesetzt worden (§ 6 b) allein die wichtigsten Bestimmungen des „Gesetzes gegen Verschwörungen und zum Schutze des Eigenthums“ sind — mit Ausnahme des § 8 — stehen geblieben. Der „Criminal-Law-Amendment-Act“ soll nun doch, einem in der letzten Stunde eingebrachten Vorschlage der Regierung gemäß, aufgehoben werden, nicht aber um ganz aus dem Gesetzbuche zu verschwinden, sondern um frisch gefirnisset dem neuen Gesetz einverleibt zu werden. Die dabei vorgenommene äußere Veränderung ist so gering und so wenig im Sinne der Forderungen der Arbeiter, daß die Liberalen mit Fug und Recht behaupten konnten, die neue Fassung könne den Arbeitern möglicherweise noch verhängnisvoller werden, als die alte von ihnen fabricirte. Der ganze Unterschied liegt darin, daß das alte Gesetz nur von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sprach, während das neue sich gegen „Personen“ im allgemeinen wendet, also scheinbar den Charakter des Klassengesetzes verloren hat. Ich sage „scheinbar“, da die neue Auflage der berühmtesten Maßregel sich genau so gegen die Arbeiter kehren wird, wie die ursprüngliche. Es handelt sich einfach um eine Beschränkung des Coalitionsrechtes im Falle einer Arbeitseinstellung oder Absperrung, und der neue Paragraph wird deshalb fast ausschließlich in solchen Fällen angewendet werden. Ich würde die neue Fassung wörtlich übersetzen, wenn ich nicht fürchtete, dadurch

„pour le roi de Prusse“ zu arbeiten, d. h. Ihre Leser würden nicht klug daraus werden. Englische Advokaten und Gesetzmacher sind nicht besser als die anderer Kulturstaaten und lassen die zehn Gebote der Bestehenden wohlweislich derart, daß der arme Teufel, welcher seine Muttersprache einfach und natürlich gelernt hat, in Bezug auf die Gesetze der gelehrten Junst mit Haut und Haar überliefert ist. Der vorliegende Paragraph ist ein Prachtstück juristischer Mundart. Ein einziger endloser Bandwurm, den ich der Verständlichkeit halber in Stücke schneiden will. Für's Erste verfällt eine Person, welche gegen eine andere Person Gewalt anwendet, um sie zu einer Unterlassung oder Handlung zu zwingen, welche dieselbe zu thun oder zu unterlassen ein gesetzliches Recht hat, einer Gefängnisstrafe bis zu 3 Monaten. Das wäre nun ganz schön und gut, wenn das allgemeine Strafgesetz nicht bereits Bestimmungen gegen verärgerte Verbrechen enthielte. Allein man braucht ein Ausnahmengesetz gegen streikende Arbeiter, der Paragraph richtet sich deshalb auch gegen diejenigen, welche andere bedrohen und einschüchtern. Nicht genug mit diesen dehnbaren Begriffen. Das Gefängnis mit Zwangsarbeit winkt jeder „Person“, welche einer anderen Person „mit der Absicht, sie ernstlich zu belästigen (!) oder einzuschüchtern, beständig nachgeht, ihr Eigenthum (Werkzeuge) verfehrt oder sie am Gebrauche desselben hindert, den Ort, an welchem eine solche Person wohnt oder sich befindet oder den Zugang zu einem solchen Orte überwacht oder umstellt, oder im Vereine mit Einem oder Mehreren einer solchen Person in unanständiger Weise auf der Straße folgt“!!!

Ein recht nettes Gesetz nicht wahr? Die Arbeiter haben Coalitionsfreiheit, und Arbeitseinstellungen sind bei Leibe nicht verboten! Nur sollen sich die guten Leute nicht einbilden, daß diese „Freiheiten“ grenzenlos sind. Der Arbeiter, welcher zur Zeit eines Strikes oder einer Aussperrung am Paragitter seines „Meisters“ harmlose Betrachtungen über unschuldige Gegenstände anstellt, kann dieselben möglicherweise im Gefängnis fortsetzen, wenn ihm die Zwangsarbeit dazu Zeit läßt. Ein Anderer kann sein Schicksal theilen, weil er hinter einem schuftigen Arbeiter, welcher seine Kameraden im Stiche ließ und dem — in richtiger Erkenntnis, was ihm eigentlich dafür gebührte — das Herz in die Hosen fällt, drein ging und dabei vielleicht noch zum Ueberflusse das Verbrechen beging, sich zu räuspere oder ein Piedchen zu pfeifen. Wie leicht ist ein Schuft „eingeschüchtert“ und wie schwer ein Richter zu überzeugen, daß sich ein streikender Arbeiter auch harmlos räuspere könne!

Und Leute, welche solche Gesetze machen, werden als „Staatsmänner“ gepriesen! Das „Gesetz gegen Verschwörungen und zum Schutze des Eigenthums“ — das man weit richtiger „Gesetz gegen die Arbeiter und zum Schutze der Eigenthümer“ betiteln hätte — wird nicht älter werden als seine jüngsten Vorgänger, sondern in einigen Jahren der öffentlichen Entrüstung zum Opfer fallen. Allein die Staatsweisen machen sich nicht viel daraus. Sie kennen ihre Kunstschaff und wissen, daß das gute, leichtgläubige Volk denselben D.... in einer neuen Sauce immer wieder für gutes Futter nimmt und erst nach einiger Zeit seinen Irrthum erkennt. „Untröstlich ist's noch allerwärts!“

Das Ministerium hat übrigens für seine zweideutige Haltung zur Arbeitergesetzgebung in den letzten Tagen schwer büßen müssen. — Wie Sie wissen, macht die Regierung nun auch in Matrosenfreundlichkeit. — Jahrelang ist Plimsoll wegen seiner Agitation zu Gunsten der englischen Seeleute als lächerlicher Philanthrop verhöhnt und als Ehrschnitzer en gros von Schiffseigenthümern vor den Gerichten des Landes verfolgt worden. Die Wahrheit läßt sich jedoch nicht durch Ehrenleibungs-Prozesse aus der Welt schaffen und das englische Volk weiß nun, Dank der rastlosen Anstrengungen Plimsoll's, daß Tausende braver Männer jährlich von herzlosen und habgierigen Bösewichten um schänden Gewinnes willen in den Tod gesendet werden. Es weiß, daß das gegenwärtige Gesetz machtlos ist, dem Massenmord Einhalt zu thun und verlangt gebieterisch eine Aenderung der bestehenden Verhältnisse. Die Herren Volksvertreter merken, aus welcher Richtung der Wind bläst und husten nun Plimsoll nicht mehr nieder wie ehemals, sondern machen ihm süß-saure Complimente. Im vorigen Jahre ist das von ihm eingebrachte Gesetz zum Schutze der Seeleute nur mit einer ganz geringen Majorität verworfen worden, und heuer wäre er höchst wahrscheinlich mit derselben durchgedrungen. Die Regierung sah dies voraus und beschloß, die Sache selbst in die Hand zu nehmen, d. h. im Interesse der Gevatter Schiffseigenthümer zu verstellen. Plimsoll war schwach genug, sein Gesetz zu Gunsten der Regierungsvorlage (über die ich im Frühling d. J. im „Volksstaat“ berichtete) zurückzugeben und wurde dafür in niederträchtiger Weise gehänselt. Die grundsätzliche Vorlage der Regierung hatte im Laufe dieser Session die 2. Lesung passiert und wurde bereits in den Einzelheiten discutirt, wobei die im Hause ziemlich stark vertretenen Matrosenräufer und ihre Freunde sich alle erdenkliche Mühe gaben, das Gesetz tot zu reden: „To talk it out“ wie der technische Ausdruck lautet. Die Regierung leistete den Herrn verständnisvollen Vorhaben und setzte endlich die Berathung des Gesetzes von der Tagesordnung ganz ab. Auf wiederholte Anfragen Plimsoll's und seiner Genossen versicherten die Minister, das Gesetz werde noch in dieser Session durchberathen werden und vertrieben die ahnungsvollen Frager von einer Woche auf die andere. Als nun am 22. Juli Dibraeli in geschäftsmäßiger Weise und unter dem dürftigen Vorwande, daß die Zeit zu sehr vorgeschritten, ankündigte, das Gesetz könne nicht mehr in diesem Jahre zur Erledigung kommen, da war's um die parlamentarische Fassung Plimsoll's geschehen. Die Entrüstung über das schändliche Spiel, welches man mit ihm und

\*) Siehe „Volksstaat“ 23. Juli d. J. Corr. aus London.



der von ihm so warm vertretenen Sache getrieben, machte sich in einer Sprache Luft, die wohl nur selten im englischen Parlamente gehört worden ist. Seine Worte fielen wie Donnerschläge auf die Schulbigen und fanden lauten begeisterten Wiederhall im ganzen Lande. Er beschwor den Staatsminister im Hinblick auf die Schrecken des kommenden Winters und die vielen Seelen, welche auf verrotteten Schiffen einem sichern Tode entgegenzogen, das Gesetz nicht fallen zu lassen, wurde wärmer und leidenschaftlicher je länger er sprach und ging endlich zu direkten Angriffen auf die Regierung über.

„Seit dem Jahre 1862,“ sagte er, „als zum ersten Male die Handelsflotte unter die Aufsicht der Behörden gestellt wurde, sind die Verhältnisse schlechter und schlechter geworden und mit Hilfe von Schiffseigenthümern mit mörderischen Reizungen außerhalb dieses Hauses, die jedoch reichlich hier vertreten sind, hat man jeden Versuch, ein Heilmittel gegen diesen Zustand der Dinge zu finden, zu Schanden gemacht und todtgeredet.“

„Namen nennen!“ rief man hier von allen Seiten des aufgeregten Hauses, worauf Plimsoll antwortete:

„Ich werde Ihnen sehr bald Namen nennen. Der Secretär des „Lloyd“ (Schiffahrtsgesellschaft) sagte mir, er wisse von keinem einzigen Schiffe, welches in den letzten 30 Jahren wegen Seemangelhaftigkeit freiwillig abgebrochen worden wäre. Sie kamen vielmehr stufenweise herunter von einem Eigenthümer zum anderen, bis sie endlich von kleinen schamlosen Spekulanten angekauft und dann (natürlich hoch verschickt! A. d. E.) mit kostbaren Menschenleben auf's Meer gesendet wurden. Am 3. d. M. sah ich eine Liste von 15,000 Schiffen durch, und was glauben Sie, daß ich fand? Ich fand nicht weniger als 2654 Schiffe darunter, welche ihre Classification eingebüßt haben und für ihre ursprüngliche Bestimmung untauglich geworden sind. Ich bin überzeugt, daß Hunderte und Hunderte von braven Männern in den Tod geschickt und ihre Weiber und Kinder zu Wittwen und Waisen gemacht werden, damit einige spekulirende Schufte, die weder Liebe noch Furcht Gottes im Herzen haben, ruchlosen Gewinn machen können. — Es gibt Schiffseigenthümer in England, welche nie ein Schiff gebaut oder ein neues gekauft haben, sogenannte „shipknacker“\*) — und ich habe ein ehrenwerthes Mitglied dieses Hauses einen Secretär des Finanzministeriums als shipknacker bezeichnen hören.“

Bei diesen Worten wurde der Redner abermals durch den Widerspruch und Lärm der Versammlung unterbrochen. Der Vorsitzende erklärte, daß die gemachten Bemerkungen nicht zur Sache gehörten.

„Gut,“ antwortete Plimsoll, „dann kündige ich hiermit an, daß ich am nächsten Dienstag folgende Frage stellen werde. Ich will den Präsidenten der Handelskammer auffordern, dem Hause über folgende Schiffe Auskunft zu geben: „The Thetis“, „The Melbourne“, „The Laure Grey“, welche alle im Jahre 1874 mit 87 Menschen untergingen; über „The Foundling“ und „The Sidney Dacro“, welche zu Anfang dieses Jahres auf offenem Meere verlassen wurden, zusammen 9000 Tonnen Tragkraft darstellend — und ob er dem Hause sagen will, ob registrierter Eigenthümer dieser Schiffe Edm. Bates der Abgeordnete für Plymouth ist, oder irgend eine andere Person desselben Namens.“

Neuerdings lösbrender stürmischer Widerspruch von allen Seiten des Hauses hatte nicht den gewünschten Erfolg; vielmehr wendete sich Plimsoll gegen die Liberalen und schleuderte ihnen in furchtbarer Erregung die Worte zu:

„Ich werde auch an die Abgeordneten auf dieser Seite einige Fragen stellen. Ich bin entschlossen, die Schurken zu entlarven, welche so viele Menschen in Tod und Verderben senden!“

Auf diese Worte folgte eine Scene wilder Verwirrung und Aufregung. Auf die Frage des Präsidenten, ob er das Wort „Schurken“ auf irgend ein Mitglied des Hauses beziehe, antwortete Plimsoll mit einem entschiedenen „Ja“, und die Aufforderung, den Ausdruck zurückzunehmen, wies er kurzer Hand zurück. Da der Vorsitzende des engl. Unterhauses als eine Art Herrgott und seine Worte wie Orakelsprüche betrachtet werden, war das Haus über das unerhörte Verbrechen der Widersprechlichkeit ganz außer Fassung. Der Staatsminister erklärte, der Rufbeförder müsse vom Vorsitzenden getadelt werden, während Plimsoll einen Protest auf den Tisch warf — in welchem er unter überflüssigen Anrufungen Gottes (die einem Juden des alten Testaments Ehre machen würden) das Blut derer, die im kommenden Winter durch die Nachlässigkeit der Regierung auf dem Meere den Tod finden werden auf das Haupt Disraeli's und seiner Helfer beschwört — und hinausstürzte. Die Versammlung beschloß darauf, ihm 8 Tage Frist zur Zurücknahme seiner Aeusserungen zu geben. England dagegen, wenigstens das „Bolt“ Englands, nahm den Nothschrei des braven (wenn auch vielleicht schwachen und sentimentalen) Mannes, welcher Vermögen und Gesundheit im Dienste einer unterdrückten Klasse geopfert, begeistert auf und benützte die 8 Tage, um in großen Versammlungen Plimsoll Anerkennung und der Regierung herben Tadel auszusprechen. Die Zeit war kurz und eine Agitation unmöglich. Dennoch wurden große begeisterte Versammlungen in London, Newcastle, Birmingham, Manchester, Leicester, Liverpool, Sheffield, Leeds, Birkenhead und andern Städten abgehalten. „Das Land,“ sagt der „Examiner“, — „ist seit dem Falle von Carl Russell's Reform Bill im Jahre 1866 durch nichts so aufgeregt worden, was im Parlament vorging“ — und die Regierung beuile sich, der Erregung Rechnung zu tragen. Sie brachte ein Nothgesetz für das kommende Jahr ein, das den „Schurken“ einigermaßen das Handwerk legen soll. — Plimsoll erschien letzten Donnerstag im Parlament, um sich wegen seines mannhafsten und deshalb unparlamentarischen Betragens zu entschuldigen, ohne jedoch den Inhalt seiner Aeusserung abzuschwächen, und das Haus nahm ihn ohne Tadel gnädig wieder auf. — In meinem nächsten Briefe werde ich Ihnen über das Nothgesetz Bericht erstatten. H. S.

### Politische Uebersicht.

— Die Kenntniß des Gebiets der Nationalökonomie und speziell der Finanzwissenschaft ist — eine Bier, besonders für Leute, welche der mitunter ziemlich boohafte und um das Glück der Völker vertheilt wenig bekümmerte Zufall an das Steueruder eines großen Staatswesens postirt hat. Allerdings kommt es vor, daß solche Leute auch „ohne ihr“ in ziemlich kurzer Zeit recht weit kommen, z. B. zu, schlecht gerechnet, 10 Millionen Thaler Vermögen und, nebenbei, an den Ehrenposten nationalökonomischer Kreuzzeitungsleitartikel; aber das Bolt bejagt den Mangel solch nützlicher Kenntnisse bei der hochwüchsenden Staatsmannschaft in der Regel mit einem empfindlichen Reuegeld. Von

\*) Das Wort ist nicht zu überlegen. Knacker heißt Schinder; auch: Einer der mit alten kranken und ausgearbeiteten Pferden Handel treibt.

den Erfahrungen, welche Deutschland auf diesem Felde gemacht hat, pfeifen schon lange genug die Spazier auf den Dächern; aber daß sogar ein liberaler „Boltswirth“ sich gedrungen fühlt nach Paris zu lutschieren, um in feierlicher Erbsenboerjammung ein offenes Geständniß unserer ungeheuren Reichs — — — Gemüthlichkeit abzulegen, ist gewiß eine überraschende Thatsache. Eine Mittheilung aus Paris in der „Berliner Volkszeitung“ erzählt darüber Folgendes:

„Die pariser Gesellschaft für Volkswirtschaft pflegt allmonatlich eine zwanglose Zusammenkunft zu halten, welcher auch nicht selten fremde Nationalökonomien u. beizuwohnen. So nahm an der gestrigen Sitzung der Gesellschaft, die unter dem Präsidium des Herrn Michel Chevalier stattfand, auch der augenblicklich hier weilende Direktor der statistischen Abtheilung des deutschen Reichsfinanzamts, Herr Faucher, Theil. „La Presse“ kann nun mit stichtlicher Genauigkeit melden, Herr Faucher, der eine so hervorragende amtliche Stellung in Berlin einnimmt, hatte in diesem französischen Gelehrtenkreise ganz offen bekannt, daß die Kriegsentwöhnung für Deutschland eine Ursache der Berarmung, des Steigens aller Preise und der Nothwendigkeit ungeheurer Einfuhren gewesen sei. — Hr. Julius Faucher, fügt die „Volkszeitung“ in gedrückter Stimmung hinzu, von dem hier die Rede ist, bekleidet keine amtliche Stellung. Daß die von ihm geäußerten Ansichten mit den unsrigen übereinstimmen, wissen die Leser dieser Zeitung; immerhin muß es als taktlos bezeichnet werden, daß Herr Faucher eine derartige Rede den pariser Nationalökonomien zum Besten giebt.“

Vielleicht hat die Offenherzigkeit des Ersäders der nationalökonomischen Kategorie „Entbehrungslohn“ grade darin ihren Grund, daß er „keine amtliche Stellung bekleidet“. Wäre Herr Faucher Geh. Regierungsrath, wie sein Freund Michaelis, so bliebe sein Urtheil über die Milliarden wohl sicher unter dem Siegel des Amtsgeheimnisses verborgen.

— Die rasch zunehmende Verrohung eines großen Volkstheils, besonders desjenigen, welcher den Einflüssen des Militarismus und Chauvinismus am meisten ausgesetzt ist, hat durch folgenden Vorfall einen Beleg erhalten, den der „alte Hartert“ schwerlich in seine Robheitsstatistik aufnehmen wird, da hierbei selbst die kunstvollsten Bemühungen, die intellektuelle Arbeiterschaft in sozialistischen Umtrieben zu finden fruchtlos scheitern mußten. In der Nacht vom 3. August trieben nämlich in der Prenzlauer-Straße ca. zwanzig Soldaten vom Alexander-Regiment Unfug und belästigten die Vorübergehenden. Nach Berliner Berichten entstand schließlich eine arge Schlägerei. Die Soldaten machten von ihren Waffen Gebrauch und führten hierdurch verschiedene Verwundungen herbei. Endlich ergrieffen sie die Flucht, doch gelang es dem Wächter, einen festzuhalten, den er in die Kaserne des betreffenden Regiments abliefern wollte. Der Arrestant wurde ihm aber im Vorbeigehen des Postens vor der Kaserne von Soldaten entrisen und auf diese Weise befreit. Auf dem Kampfplatz liegen die Soldaten ein Fäshinenmesser, eine Soldatenmütze, Aeschelkappen und mehrere andere Gegenstände zurück, als genügende Beweise ihres Heldenthums. Sollten diese Säulen unseres kampfrohen Vaterlandes für die von ihnen veranstaltete Waffensprobe bestraft werden, so dürfte es größtentheils deshalb geschehen, weil sie ausgerissen. Das ist vom militärischen Standpunkt aus das einzig Tadelnswürdige bei der Sache!

— Im Ordnungskampfe gegen die „Frankfurter Zeitung“ ist insofern eine Wendung eingetreten, als einer der festgenommenen Redacteure, Herr Dr. Stern, wieder freigelassen worden ist. Die gerichtlichen Ordnungskämpfe hatten nämlich den kleinen Fehler bezogen, die sechsmonatliche Verjährungsfrist für Preßvergehen in Sachen der Sacerdotalcorrespondenz verstreichen zu lassen. Da also eine Anklage auf Grund dieser Correspondenz unmöglich war, konnte sie auch nicht mehr zum Anlaß eines Zeugniszwanges benutzt werden. An der ganzen, für die gesamte Journalistik-republicanisch-liberale Reichsstippe immer fataler werdenden Angelegenheit ändert dieser Zwischenfall nicht das Mindeste. Die Kollegen des Dr. Stern sitzen nach wie vor, und der Scheitern ihrer Verhaftung, die verweigerte Aussage über den Verfasser des Leitartikels in Nr. 90 der „Ffr. Ztg.“ wird wahrscheinlich auch den soeben Entlassenen wieder nach Nummer 9 sicher zurückführen. Höchst amüsant ist das klägliche Gebahren der „Reichsstaaten“. So wimmert die „Kölnerin“:

„Sollte die oberste, maßgebende Stelle wirklich den unglücklichen Gedanken haben, das fiat justitia poret mundus (Es werde Gerechtigkeit geübt, wenn auch die Welt darüber zu Grunde geht. D. R.) die vom Gesetze gestatteten sechs Monate hindurch durchzuführen, so würde es für die der Regierung sonst zugehörigen Organe der öffentlichen Meinung ganz unmöglich sein, nicht immer und immer wieder darauf zurückzukommen. Die Wirkungen, welche die gegnerische und sich auf keinen Compromiß einlassende Haltung derselben in einem Punkte selbst beim besten entgegengekehrten Willen auf den Grad und die Energie ihrer allgemeinen Unterstützung der Regierung ausüben würde und müßte, möchten der Regierung die ihrer wenig würdige Freude, die sie durch die Chicanerie politischer Gegner etwa genießen kann, mehr als vergällen.“

Man bemerke, wie grob die „Kölnische Zeitung“ in ihrer Verweigerung über die merkwürdigen Ergebnisse der an „oberster, maßgebender Stelle“ waltenden „staatsmännischen“ Weisheit zu werden sich unterfängt.

— Ueber den Spießhaken Stadtrath Bed aus Dresden bringen die „Dresdener Nachrichten“ noch folgende Einzelheiten: „Auch einen hiesigen Hauptcollekteur hat der städtische Stadtrath vor seiner Abreise gemeiert, indem er sich von demselben zwei Boll-Loose unter dem Bemerken mitnahm, das Geld am nächsten Morgen mit seinem Diener senden zu wollen. Die durch den Flüchtling veruntreuten Summen sind von ganz bedeutender Höhe. Wie man aus guter Quelle hört, fehlen bei dem Händchener Steinkohlenbauverein — bei welchem unbegreiflicherweise seit Jahren die Kasse nie muß revidirt worden sein — insgesamt 258,000 Mark und zwar 120,000 Mark baarer Kassenschatz, 89,700 Mark Reservefond, Raappschafs- und Pensionsgelder, 51,000 Mark Accepte. Bed hat übrigens bei allen festlichen Anlässen in seiner Familie den größten Luxus entwickelt. Als vor 4 Wochen noch der Jahrestag seines jüngsten Kindes in der Köhning gefeiert wurde, ging es gar hoch her und die Equipagen der eingeladenen Gäste hatten fast keinen Raum in dem Geschoße.“

So die „Dresdener Nachrichten“. Daß Bed auch die Raappschafs- und Pensionsgelder des Händchener Steinkohlenbauvereins fehlen konnte, liegt nur daran, daß die Arbeiter von jeder entsprechenden Controle über ihre Kassengelder ausgeschlossen sind. Und da böse Beispiele bekanntlich sehr leicht Nachahmung finden, so würden die Bergarbeiter gut thun, wenn sie bei Zeiten und ernstlich sich mit der Frage beschäftigten, wie das Raappschafstollenwesen

einer gründlichen Umgestaltung unterzogen werden könnte. Es giebt keine Arbeitsbranche, in welcher die Arbeiter bezüglich des Klassenwesens sich in einer so unwürdigen Uaselsständigkeit befinden als bei dem Kohlenbergbau. Und doch liegt es nur an dem guten Willen der Bergarbeiter, sich zu Eigenthümern ihrer eignen Kassen zu machen.

— Wie die französische „Republik“ die besiegten Communards behandelt. Wir entnehmen dem in französischer Sprache erscheinenden „Mirabeau“, Organ der belgischen Sectionen der internationalen Arbeiterassociation, einige Mittheilungen über das Loos der zur Deportation nach Reufalebonten verurtheilten Anhänger der Pariser Commune, denen gegenüber die französische Regierung mehr und mehr jede Rücksicht und Menschlichkeit schwinden läßt. Unter Anderm hatte Herr Thiers, während seiner Präsidentschaft, von der Tribüne herab die feierliche Erklärung abgegeben, es würde den Deportirten ungehinderter Briefwechsel gestattet sein und das Briefgeheimniß nicht verletzt werden. Anfangs handelte die Verwaltung dieser Erklärung gemäß, aber am 14. Juli 1874 erließ sie folgenden „Tagesbefehl an die Deportirten“: „Den Deportirten wird hierdurch mitgetheilt, daß in Zukunft ihre Briefe unverschlüsselt in den Briefkästen gelegt werden müssen. Nachdem der Landeskommandant von ihrem Inhalt Kenntniß genommen haben wird, wird er sie schließen und an die Post zurückgeben lassen.“ Unterschriften: „Der Landeskommandant der Halbinsel Duros, Laufe, Kapitän der Marine-Infanterie“. Während nun Briefe wenigstens noch befördert werden, kommen Zeitungen gar nicht mehr in die Hände der Deportirten. Seit der glücklichen Flucht Rocheforts und seiner Genossen wird den Zurückgebliebenen das Leben überhaupt in jeder Weise und auf das Äußerste schwer gemacht. So fand Anfangs nur selten Appell — Versammlung zum Zweck des Namensaufrufs — statt, später wurde ein solcher allmonatlich abgehalten und jetzt gar alle Tage zweimal. Außerdem ist neben einer Unsumme anderer Freiheitsbeschränkungen auch das Verbot ergangen, zwischen Sonnenuntergang und Aufgang die Hütten zu verlassen. Dann dürfen die Deportirten ihr Holz nicht mehr selbst aus dem Gehölz holen, das ihnen früher zu betreten freistand, vielmehr sollen ihnen Holzrationen geliefert werden; das wird jedoch häufig verweigert, so daß sie ihre Nahrung roh zu sich nehmen müssen. Außerdem wurden denjenigen, welche sich der in den Namensaufrufen neu eingeführten militärischen Manier des Formirens von Sectionen und Gliedern nicht gleich füzen wollten, die Lebensmittel bis zu völliger Unterwerfung ganz vorenthalten — durch welche Maßregel die Verwaltung dreihundert Lebensmittellationen prostrirte. Vor mörderischen Angriffen seitens der überwachenden Beamten sind die Deportirten keine Augenblick sicher, wegen der geringsten Reinigkeit werden sie mit Knoselgeschüssen tractirt. Einem von ihnen ist neulich in seiner Wohnung eine Kugel durch den Arm gejagt worden, weil er dem Verbot, selbst Holz zu holen, nicht gehorcht hatte. (Der Schluß der Mittheilungen aus dem „Mirabeau“ folgt in nächster Nummer. D. R.)

— Der Strike der Baumwollspinner zu Oldham (England) nimmt immer größere Dimensionen an. Auf den Strike der Arbeiter antwortet die Fabrikanten mit der Aussperrung der in Arbeit Verbliebenen, so daß wie in den Zeitungen zu lesen ist, von 163 Spinnereien, deren Besitzer dem Fabrikantenvorbande angehören, kaum in einem halben Duzend gearbeitet wird. Man berechnet, daß, wenn die sämmtlichen Fabriken geschlossen werden, ca. 30,000 Personen arbeitslos sind. In einer in Manchester stattgefundenen Conferenz von Vertretern der Arbeiter von Lancashire, Yorkshire, Cheshire und Derbyshire wurde beschlossen, daß die Arbeiter in Oldham nicht in Fabriken arbeiten sollen, wo die neue Lohnliste angeschlagen ist, und daß in Wogley und Wsley die Arbeit nur da bezogen werden soll, wo die alten Löhne gezahlt werden. Der Strike ist hervorgerufen durch eine Veränderung des Systems bei der Auszahlung der Löhne, wodurch sich die Arbeiter benachtheiligt fühlen. Der Arbeiterverband wird alle diejenigen unterstützen, die infolge des obigen Beschlusses entweder striken oder von der Arbeit ausgeschlossen werden. In Ashton-under-Lyne wurden etwa 50 Spinnereien, in denen 7—8000 Arbeiter beschäftigt, geschlossen. — Weiter wird von einem Strike der Flachspinner in Duane berichtet; 31 Fabriken sind geschlossen und über 15—18,000 Arbeiter feiern. Die Arbeiter beschloßen, den Strike fortzusetzen, bis die projectirte Lohnherabsetzung von 10 Proc. zurückgezogen worden ist. Die Fabrikbesitzer andererseits sind größtentheils entschlossen, an der von ihnen verfügten Lohnherabsetzung festzuhalten. — Zwischen den Arbeitgeber und Arbeitern in Südwestes ist anlässlich des letzten großen Strikes ein Compromiß zu Stande gekommen, nach welchem die Arbeitslöhne nach den Kohlenpreisen regulirt werden sollen. Nach langen Berathungen einigte man sich über folgende Punkte: Der Arbeitslohn für eine Tonne Kohlen ist 1 sh. 10 d., wenn der Preis der Kohlen pro Tonne auf 14 sh. steht. Bei Erhöhung des Kohlenpreises um 1 sh. pro Tonne steigt der Arbeitslohn um 2 sh., und so fort bis die Tonne 20 sh. kostet. Bei höheren Preisen steigen die Löhne nicht mehr, fallen dagegen aber auch nicht, wenn die Tonne weniger als 14 sh. kosten sollte. Alle übrigen Zwistigkeiten werden durch schiedsrichterlichen Ausspruch beigelegt. — Wenn's nur wahr ist!

— Seit dem 26. Juli verbüßt Parteigenosse Rich. Wolf zu Arnstadt eine Gefängnißstrafe von zwei Monaten. Wolf wurde unter Eskorte von Cleve nach seinem neuen Domizil übergeführt.

### Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein. **Hamburg.** Schiffszimmerer Deutschlands! Einer der schrecklichsten Unglücksfälle ereignete sich am 16. Juli um 12 Uhr Morgens in Begeßack auf Ulrichs Werft, wovon ich mich verpflichtet fühle, Euch zu benachrichtigen, da ich selber in Begeßack war, um den Unglücksfall näher zu untersuchen. Ich fand gleich von vornherein, daß dieser Unglücksfall, welcher einige unserer Collegen schwer getroffen hat, nur durch Fahrlässigkeit, um Arbeit, und somit Arbeitslohn zu sparen, geschehen war.

Am Euch jedoch Allen die Lage in Begeßack klar zu legen, ist es nothwendig, Euch zu vergegenwärtigen, daß in Begeßack selber ein großartiger Schiffsbau betrieben wurde, es waren daselbst 7 bis 800 Mann beschäftigt. Der Schiffsbau hat sich jedoch seit mehreren Jahren fast gänzlich, bis auf eine Eisenschiffbau-Werft, deren Inhaber Ulrichs heißt, verzogen. Es kann hieron nun in keiner Weise die Rede sein, daß der Schiffsbau in Begeßack sich am Ende verzogen hätte wegen zu großer Lohnforderung der Schiffszimmerer, und daß deshalb der Schiffsbau an andern Orten in Deutschland stärker geworden sei, weil der Lohn der Schiffszimmerer geringer ist! Nein, hiermit können die Herren Schiffsbaumeister sich wahrhaftig nicht entschuldigen, so gerne als



... sie es auch thäten. Denn der Lohn unserer Kollegen in Begefall war stets einer der niedrigsten in ganz Deutschland. Auch wußten die Meister sich in jeder Weise zu sichern, sie benutzten vortheilhaft die Zeit, als unsere Kollegen noch unorganisiert dastanden; nicht allein wurde der Lohn in 3 bis 4 Klassen eingetheilt, wovon der höchste Lohn 1 Thlr. betrug, sie beuteten unsere Kollegen sonst noch auf jegliche Weise aus, so gründeten sie z. B. Krankenkassen, welche sie selbst verwalteten, und zogen unsere Kollegen alsdann von jedem verdienten Thaler 6 Pf. als Beitrag zur genannten Kasse ab. Wer dann krank wurde, bekam meistens nichts, wer sich bei der Arbeit verwundete, bekam etwas. Abrechnung wurde niemals gegeben.

Ich erwähne dieses, Kameraden Deutschlands, um Euch Klarheit über Begefall aus der Vergangenheit zu verschaffen. Gehen wir nun jetzt auf die gegenwärtige Lage in Begefall etwas ein. Die gegenwärtige Lage ist eine durchaus miserable für unsere dortigen Kollegen. Arbeiteten früher dabelst 7 bis 800 Mann, so sind jetzt höchstens 60 bis 70 Schiffszimmerleute beschäftigt, und zwar auf der Eisenschiffbau-Werft Ulrichs. Die meisten unserer Kollegen mußten daher auswandern, um anderswo zu arbeiten, doch ist noch immer Arbeitskraft reichlich genug vorhanden, um die Arbeiten in Begefall zu verfertigen. Unsere Kollegen verzichten daher, um alle Arbeit zu bekommen, verschiedene Arbeiten, welche gar nicht in das Bereich des Schiffszimmerhandwerks gehören, so z. B. vernieten sie die Platten am Schiffe und dergleichen Arbeiten mehr. Dabei sucht der Meister Ulrichs in Folge des Angebots von Arbeitskraft seine Leute auf jegliche Art und Weise zu chikanieren und ihre Arbeitskraft auszubuten, so z. B. hatten unsere Kollegen im Frühjahr einen Konflikt mit Meister Ulrichs, indem er für 100 Rieten nur 2 Thlr. zahlen wollte, wobei unsere Kollegen unmöglich bestehen konnten, ebenfalls wollte er sie zwingen, in die von ihm gegründete Krankenkasse (zu der alle andern auf der Werft beschäftigten Eisenarbeiter bereits gehören) einzutreten, wogegen sie sich jedoch bis auf den heutigen Tag energisch sträubten.

Unglücksfälle kommen in Folge der Treibereien, und weil nicht die dazu gehörigen Vorsichtsmaßregeln bei der Arbeit getroffen werden, fast alle Augenblicke vor. Wer sich auf der Werft Ulrichs nach den dort beschäftigten Arbeitern umsieht, darf sich nicht wundern, wenn er zahlreiche Arbeiter erblickt, welche entweder mit einem Auge, oder mit wenigen Fingern an der Hand, oder mit sonstigem Schaden am Körper, welchen sie sich bei der Arbeit auf Ulrichs Werft zugefügt, umherlaufen.

In Folge der größten Fahrlässigkeit von Seiten des Schiffbau-meisters Ulrichs konnte auch nur das Unglück, welches am 16. Juli sich zugezogen hat, stattfinden. Jeder Fachkennner wird darüber gewiß in größtes Erstaunen versetzt werden, wenn er hört, daß auf der Werft Ulrichs ein Schiff, welches noch im Bau begriffen war, plötzlich einige Fuß herunterfiel, und sich auf die Seite legte. Auf die Frage, ob ein solcher Fall sich zutragen kann, wenn ein im Bau begriffenes Schiff ordnungsgemäß, wie es schon seit alten Zeiten üblich und gebräuchlich ist, befestigt ist? wird ein jeder Fachkennner, wenn er keine Heuchelei zu treiben beabsichtigt, mit einem entschiedenen Nein antworten. Wir kommen daher zu der Frage, auf welche Weise konnte dieses Unheil nur geschehen? Die Antwort ist: das Schiff war nicht gehörig befestigt, wie es schon seit alten Zeiten gebräuchlich und üblich war. Es lag daher eine Fahrlässigkeit zu Grunde, und diese ist, daß das Schiff nicht auf beiden Seiten mit gehörigen Kreuzlagern versehen war; wenn auf jeder Seite ein Kreuzlager gelegen hätte, dann hätte das Schiff sich nicht auf die Seite legen können. Man schreibt zwar in der Begefaller Wochenschrift, daß plötzlich durch unangesehene Zufall das Schiff vom Helgen rutschte, und sich seitwärts legte, die stützenden Balken zersplitterten.

Die Begefaller Wochenschrift kann aber versichert sein, daß, wenn auch für sie der Zufall unangesehen erscheint, es doch für jeden Fachkennner klar genug ist; es kann auch von stützenden Balken auf der Seite keine Rede sein, die wären nicht zersplittert, es waren vielmehr leichte dünne Spieren. Der Hauptgrund liegt aber nicht allein in dem Nichtvorhandensein von Kreuzlagern, sondern darin, daß man keinen Balken am Hintersteben befestigt hatte, der gegen das Schiff anstrebt, um es vor dem Rutschen zu schützen. Auf beiden Seiten Kreuzlager und einen guten am Balken Hintersteben, das sind Gegenstände, welche die Regier in Afrika nicht vergessen würden. Jedoch Meister Ulrichs übersehen solche Sachen. Und was ist denn für ein Unglück passiert? wird man fragen. Nun, weiter nichts, als daß ein Schiffszimmermann Namens Bernhard Harjes aus Lehmswerder von dem Rumpfe des Schiffes zerquetscht wurde — gegen 6 Uhr Nachmittags war es erst gelungen, den Körper zu befreien; um dies zu bewerkstelligen, mußte ein Canal unter dem Schiffe in die Erde gegraben werden. Einer wurde am Kreuz beschädigt und leidet sehr, und einem Anderen wurde der ganze Arm zerissen und viele Andere haben sich leichte Verletzungen zugezogen. Herr Ulrichs, erörtern Sie nicht, wenn Sie daran denken, welches Unheil durch Ihre Fahrlässigkeit angerichtet wurde? Der verunglückte Schiffszimmermann hinterläßt Frau und Kinder, Herr Ulrichs! Weshalb haben Sie jetzt Kreuzlager am Schiffe angebracht? Warum auch erst jetzt bei dem andern im Bau begriffenen Schiffe? Ich frage Sie, Herr Ulrichs, warum beachteten Sie die Schutzmaßregeln nicht früher alle? Oder fragen Sie nicht darnach, ob Ihre Arbeiter dabei zu Krüppeln werden? Sie freuen sich wohl besonders, daß das Schiff keinen Schaden erlitten hat? Die Arbeiter kümmern Sie wohl wenig? Ich hoffe aber, daß dieser Vorfall näher von dem Staatsanwalt untersucht wird, damit der § 222 des deutschen Reichs-Straf-Gesetzbuches nicht übertreten wird. Euch, Kameraden, liefert dieser Vorfall aber wieder den besten Beweis, welche traurigen Folgen es hat, wenn wir nicht einmüthiglich zusammenhalten und ein Jeder sich unserer Organisation unterwirft. Wenn unsere Kollegen in Begefall Alle für Einen und Einer für Alle stehen würden, dann hätten sie Meister Ulrichs zeigen können, daß er verpflichtet war, sowohl Kreuzlager unter Rumpfe des Schiffes anzubringen, als auch einen Balken am Hintersteben zu befestigen, wodurch das Unglück verhütet worden wäre. Sobald aber nicht alle einmüthig zusammenhalten, fürchtet Jeder sich ein Wort des Rechts zu sprechen, indem er zu fürchten hat, daß er des Abends Feierabend bekommt und seine übrigen Kollegen nicht für ihn eintreten. Daher, wo am Orte solche Sklaverei existirt, dann ist die Schuld an solchem Unglück den Leuten selber zuzuschreiben, deswegen rufe ich allen Denjenigen, die uns bis jetzt noch immer ferngeblieben haben zu, sich sofort unserer Organisation anzuschließen. Pflicht ist es ebenfalls, daß die Schiffszimmerleute in Begefall darauf sehen, daß nur gelernte Schiffszimmerer zur Arbeit zugezogen werden, dann werden solche Unglücksfälle nicht vorkommen und dann wird auch die schädliche Concurrenz unter uns beseitigt. Laßt Euch daher dies eine Warnung sein. Mit sozialdemokratischem Gruß

H. Groß, St. Pauli, Bergstr., Hof 23, Bude.

Der Streik in Lauenburg ist siegreich beendet, die dortigen

Meister haben voll und ganz in unsere gestellten Forderungen eingewilligt.

In Lübeck und Jülsburg dauert der Kampf jedoch hartnäckig fort. Dieses allen Kollegen zur Notiz.

Mit sozialdemokratischem Gruß H. Groß.

### Allgemeiner deutscher Maurer- und Steinhauerbund.

Samburg, 8. Aug. In Nr. 89 des „Volkstaat“ befindet sich unter der Rubrik: Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer ein Artikel, welcher zum Theil auf einem Irrthum beruht, und einer kurzen Berichtigung bedarf. Die gemeinschaftliche Generalversammlung der Gewerkschaft der Maurer und Zimmerer und des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes hat erklärt, es sei besser, wenn jede Geschäftsbranche für sich gesondert organisiert sei, es hätten daher die Mitglieder der Gewerkschaft sich in der Weise zu trennen, daß die Maurer in die zu schaffende gemeinsame Organisation der Maurer, die Zimmerer in die der Zimmerer einzutreten hätten. Es wurde hierbei vorausgesetzt, daß mit dem deutschen Zimmerer-Berein ebenfalls eine Vereinigung stattfinden würde, da dies nun unterblieben ist, so wird seitens der Verwaltung des Zimmerer-Bereins, welche Mitglieder der Gewerkschaft sind, empfohlen, sich dem deutschen Zimmerer-Berein anzuschließen, aber gezwungen wird dazu Niemand, sondern wer beim Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbund bleiben will, der bleibe, Niemand wird ihm etwas in den Weg legen. Was das Krankenkassenwesen anbelangt, so bleibt die Central-Krankenkasse ganz so bestehen, wie die Gewerkschaft sie eingeführt hat, und alle Mitglieder derselben gehören ihr an, so lange sie wollen, ganz gleich, ob sie Mitglieder des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauerbundes oder des deutschen Zimmerer-Bereins werden. Es wird sorgfältig darüber gewacht werden, daß Niemand in seinen Rechten gekränkt wird. Sollte noch Jemand in Betreff dieser Angelegenheit sich nicht ganz klar sein, so möge er sich nur direkt an mich wenden.

Mit Gruß H. Schöning, Jakobikirchhof 29.

### Berein der Sattler und Vernisgenossen.

Deut. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Wohnung des Vertrauensmannes der Mitgliedschaft Köln a. Rh. sich zu Deutz, Louisestr. 6, 1 Tr., befindet.

A. Kirstein, Vertrauensmann.

### Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar.)

Grimmischau, 9. Aug. Für April, Mai und Juni haben abgerechnet: Grimmischau 22.10, Gotha 8.20, Büßner 2.40, Großenhain 32.00, Delsnig 6.10, Dresden 15.00, Pfersee 12.60, Plauen 12.80, Schweinau 37.37, Sora 7.30, Apolda 2.40, Langensalza 24.00, Auzsburg 11.00, Wolfenbüttel 2.30, Lambrecht 8.40, Reutlingen 20.10, Peiserte 11.08, Nowawes 16.30. Extra-steuer haben eingezahlt: Grimmischau 15.00, Großenhain 18.00, Delsnig 3.50, Pfersee 7.30, Plauen 4.00, Schweinau 28.20, Sora 7.00, Langensalza 14.00, Auzsburg 90.20. Freiwillige Beiträge für die Brenner Stufen wurden der Verwaltung zugesandt aus Großenhain: Mark 1.00 von 4 Tuchmachern in der Fabrik August Schillings durch Genosse Roal, 0.60 von Feit, 4.45 von den Arbeitern Emil Schillings durch Wittenberger, 2.90 von den Arbeitern der Gebrüder Jshilles durch König, 4.60 von den Arbeitern der Fabrik von Tshule u. Otto durch Kunz, 5.95 von den Arbeitern der Sächs. Tuchfabrik durch König, 2.30 von den Arbeitern der Kattunfabrik durch Böner, 8.70 von der mechanischen Weberei Neundorf durch Kiedel, 60.60 von der mechanischen Weberei der sächsischen Tuchfabrik durch Sidart, 3.00 von den Arbeitern Buchwalds durch Rossal, 0.50 von Ernst Schön, 4.40 von den Arbeitern August Jshilles. Von Auzsburg von einem Ausflug auf den Kobel 6 fl., von der Kamagarnspinnerei 1 fl.

Die Genossen werden nun noch ersucht, Anträge zur Generalversammlung bis zum 15. d. Mts. einzusenden, später eingehende Anträge können nicht veröffentlicht werden. (Siehe § 27 der Statuten.)

Im Auftrage der Verwaltung: C. Poser.

## Correspondenzen.

Leipzig, Sonntag den 8. und Montag den 9. d. M. tagte hierorts der deutsche Schneiderkongress. Anwesend waren aus allen Theilen Deutschlands 30 Delegirte, die 39 Mandate vertraten. Es wurde vollständige Einigkeit erzielt und Montag Nachts um 2 Uhr unter Enthustasmus der neue Verein proklamiert, worauf der Schluß des Congresses erfolgte. Näherer Bericht folgt.

Reichenbach i. F. Wir haben seiner Zeit die nach der letzten Reichstagswahl von den Conservativen im 22. sächs. Wahlkreise geschehene Gründung eines „Reichstreuen Vereins des gemäßigten Fortschritts“ berichtet. Die Gründung geschah hauptsächlich wegen der unerwarteten Wahlstege der Sozialdemokraten auf dem Lande und hatte zum Zweck, für fernere Wahlen selbständiges Handeln zu ermöglichen bez. der üblichen Fusion mit den Nationalliberalen mehr und mehr zu entsagen. Deshalb wurde auch der Reichstreue und dem Fortschritt im Vereinsnamen Ausdruck gegeben, damit man nicht fernhin diese größtentheils aus Beamten, Geistlichen, Gutbesitzern u. dergleichen bestehende Partei als sächsische Partikularisten und Reactionäre betrachten könne. Es war hierdurch zugleich den Nationalliberalen Gelegenheit geboten, mit dieser Partei ihre erblichen Ziele weiter zu verfolgen und im Bunde mit der Reaction unter der Firma „Reichstreue und Fortschritt“ durch einfachen Beitritt weiter zu streiten, wie dies ja bei allen Wahlen, wo die Sozialdemokratie auf den Kampfplatz trat, geschah und geschieht. Doch welche Täuschung. Vor wenigen Tagen kam ein Aufruf zur Gründung eines „Vogl. freisinnigen Vereins“, wonach das Hauptstreben eines guten Deutschen sein muß, der Führung des Reichs im Volke eine feste und dauernde Stütze zu schaffen, und daß zu diesem Zwecke genannter Verein seine Thätigkeit entfalten wird. Die Constituirung hat am 25. Juli in Treuen stattgefunden, es wird also baldigst in erwählter „Freisinnigkeit“ gemacht werden. Wir Sozialisten wollten immer durch Verbesserungen der Reichseinrichtungen das Reich und damit auch die Führung dem Volke lieb und werth machen, hier wird uns aber gezeigt, wo angefangen werden muß, sowie auch, wie wadellig Manches ist, da es sonst nichts zu stützen gäbe.

Rob. Müller.

Berlin, 25. Juli. Heute fand in dem Lokal „Zum deutschen Kaiser“ eine Generalversammlung der Affordträger, Bau- und Erdarbeiter statt mit der Tagesordnung: „Die Nothwendigkeit der einheitlichen Organisation“. Als Referenten fungirten die Herren Baumann und Unterzeichner. Nachdem Herr Baumann die Nothwendigkeit der Organisation aller Arbeiter im Allgemeinen und ich die Nothwendigkeit für unsern Beruf selbst beleuchtet

hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige außerordentliche Generalversammlung der Affordträger, Bau- und Erdarbeiter Berlins erklärt: es ist die erste Pflicht eines jeden Kamfenden, mit allen Kräften und mit allen uns gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß alle unsere Kollegen sich dem Berliner Affordträger- und Bauarbeiter-Berein anschließen und für Verbreitung der allgemeinen Arbeiter-Prinzipien Sorge tragen. Mit sozialdemokratischem Gruß Wihl. Weismann.

Frankfurt a. M., 5. August. Gestern Abend fand im Pfabl'schen Lokale auf der Zeil eine sehr zahlreiche besuchte Volksversammlung statt. Die Tagesordnung war: 1) Die reichsfeindliche und die reichsfeindliche Presse. 2) Die Bier- und Petroleumsteuer. Klein referirte über den 1. Punkt in einstündiger Rede unter dem Beifall der Versammlung und geistelte in scharfen Zügen das Verhalten der reichsfeindlichen Presse, die alle Blätter, welche nicht mit ihr in ein Horn blasen, als reichsfeindlich bezeichnen. Redner wies darauf hin, daß alle Blätter, die nicht aus dem Reptilienfonds zehren, von der regierungsfreundlichen Presse als reichsfeindlich betrachtet werden. Redner kritisirte auch das Verfahren der Regierung gegen die Redakteure der „Frankfurter Zeitung“ und wurde eine von H. Sabor gestellte Resolution einstimmig angenommen. Die Resolution lautet: Die heutige Volksversammlung erklärt: das Vorgehen der königlich preussischen Staatsanwaltschaft gegen die Redakteure der „Frankfurter Zeitung“ ist ein in allen europäischen Ländern — vielleicht mit Ausnahme Rußlands — unerhörtes. Ein solches Vorgehen droht die nothwendigen Lebensbedingungen der Presse zu vernichten, welche den Staat nicht einem orientalischen Despotismus entgegengetrieben wissen will. Der 2. Punkt wurde dahin erledigt, daß es die Ansicht der Redner war, alle Steuererhöhungen auf Lebensbedürfnisse seien nur gegen die Interessen der Arbeiter gerichtet und es sei unter aller Bedingung dagegen zu protestieren. Schließlich erinnerte Kunz noch, daß es Pflicht und Schuldigkeit ist, die Verbreitung der Arbeiterorgane zu fördern, nur auf diese Weise sei der heutigen Lügenpresse ein Damm entgegen zu stellen. — Wir haben den Tod eines tapferen Sozialisten zu beklagen. Schriftsetzer Kulo ist plötzlich beim Nachhausegehen vom Schläge getroffen und gestorben. Kulo hat immer seine volle Schuldigkeit gethan und für das arbeitende Volk gekämpft. Friede sei mit ihm! D. Linheimer.

Weinigen, 1. August. (Arbeiterbildungsverein.) Um den Parteigenossen zu zeigen, wie man die Wahrheit und Aufklärung in den hiesigen Lokalblättern zu verbreiten sucht, las ich hier eine Kritik meiner Correspondenz in Nr. 74 des „Volkstaat“ folgen, welche wahrscheinlich ein sehr gelehrter Volksbildner von hier in die „Weimarische Zeitung“ hat setzen lassen und welche in Nr. 156 des hiesigen Tageblattes sofort, trotz der verschiedenen Wortverdrehungen, zum willkommenen Abklatsch kam. Man überlegte dabei nicht, daß die meisten der hiesigen Einwohner doch so ziemlich die Wahrheit meiner Correspondenz erkannten, denn die Nr. 74 des „Volkstaat“ wurde mit einem wahren Heißhunger gelesen und allgemein gut aufgenommen. Ich lasse jetzt die fragliche Kritik, die, wie schon gesagt, auch im hiesigen Tageblatt Aufnahme fand, folgen:

„Aus Weinigen, 5. Juli, wird der „Weim. Ztg.“ geschrieben: Obgleich die Sozialdemokratie bei uns keinen festen Grund und Boden hat, so wird doch neuerdings wieder in den sozialdemokratischen Blättern von dem hiesigen Fortgang der sozialdemokratischen Bewegung gemeldet. Diese staatsretterischen Ideen finden jedoch unter unserer Arbeiterbevölkerung im Ganzen wenig Theilnahme; in einer Versammlung der Tischler behufs Gründung einer Gewerkschaft betonte z. B. ein Wortführer unter anderm sehr stark, daß sie nicht mit den Sozialdemokraten zu thun hätten; „wir wollen keinen Verein gründen“, sagte derselbe, „wo man nur den Vergnügungen nachgeht, und wo jeder Mißzabelgeselle aufgenommen wird, sondern wir wollen eine Gewerkschaft, mit deren Hilfe die Lage der Tischler geboben werden kann.“ Infolge des Wieder-aufstehens des abgebrannten Stadttheils befinden sich unter den Bauarbeitern auch sehr viele Belgier und Italiener, welche meistens zur Backsteinfabrikation und zu Erdarbeiten verwendet werden und durchschnittlich täglich 2 1/2 bis 3 Mark verdienen. Die Zurückhaltung von der Sozialdemokratie, ihre einfache Lebensweise und ihre unverdrossene Thätigkeit ist aber den hiesigen wenigen Sozialdemokraten ein gewaltiger Dorn im Auge, sie benennen diese Arbeiter nur die Weininger Kulis. Freilich entziehen solche Arbeiter den sozialdemokratischen Großsprechern allen Boden.“

Was nun den erstern Satz der Kritik betrifft: „Obgleich die Sozialdemokratie bei uns keinen festen Grund und Boden hat.“ so zeigt eben der Verfasser, daß er mit den Gesinnungen der Arbeiter und kleinen Meister sehr wenig bekannt ist, denn obgleich hier in dieser Sache noch sehr wenig Aufklärung herrscht und man überhaupt hier noch in den meisten Fällen den Verstand und die nöthigen Kenntnisse zu einem gesunden und natürlichen Fortschritt im heiligen Selbst und in einer hohen Stellung sucht (das beweist die letzte Gemeinderathswahl und die jetzige Zusammenstellung des Gemeinderaths), so erklärten sich doch in der ersten hierzu einberufenen Volksversammlung, welche am 2. Decbr. 1873 hier abgehalten wurde und in welcher Imhof referirte, trotzdem dieselbe sehr schlecht besucht war, also als eine verfehlte zu betrachten war, 22 Arbeiter zu Mitgliedern unserer Partei, und am 15. December 1873 traten in einer zweiten Versammlung wieder 10 Arbeiter der Partei bei, und so bildeten wir mit 32 Arbeitern zum neuen Jahr 1874 den Arbeiter-Bildungsverein, welche Zahl sich bis zum 15. Februar auf 41 steigerte, trotzdem unterdessen auf Veranlassung des hiesigen Bildungsvereins Dr. Linbner in einer Versammlung am 30. Januar 1874 seine Weisheit hören ließ, zu welchem Ohrenschnauf der Vorstand gebachten Vereins es für nöthig hielt, mich und unsern Verein brieflich einzuladen. Am 15. Februar hielt nun in einer von mir einberufenen öffentlichen Versammlung unseres Vereins Herr Wihl. Bod aus Gotha einen Vortrag vor einer sehr stark besuchten Versammlung, wo sich ebenfalls wieder 21 Arbeiter einzeichneten, und so ging es fort, so daß wir bald eine Mitgliederzahl von 81 hatten. Da aber nun die Herrn Meister in Verbindung mit den Herrn Nationalliberalen ihre Heßjagd einleiteten, und wir weiter keine Versammlungen abhalten konnten, so war es ganz natürlich, daß wieder sehr viele zurücktraten. Trotz der Heßjagd hat die Zahl der geheimen Sozialdemokraten in letzter Zeit hier sehr zugenommen und haben wir mehr festen Boden als der Herr Verfasser der „Kritik“ glaubt, und es darf nur agitirt werden und unser Verein würde zum Schrecken des Verfassers ganz erstaunlich zunehmen. Unsere Sache ist also ebensowenig im Rückschritt begriffen, wie anderswo auch. Was nun die staatsretterische Idee betrifft, so freut es uns sehr, daß und der Herr Verfasser diese Idee zutraut, denn daß wir mit unserer Idee weit eher einen Staat retten könnten, als die privilegierten Staatsretter und deren Anhang, das wird jeden vernünftigen Menschen, der unsere Sache genau verfolgt hat, einleuchten. Was nun die Versammlung der Tischler betrifft, so kann



ich dem Verfasser nur empfehlen, meine Correspondenz noch einmal durchzulesen, er wird dann finden, daß nicht die Tischler es waren, welche eine Gewerkschaft haben wollten, sondern daß dieses ein Vorschlag von mir war, denn die Tischler haben, wie es scheint, den Zweck und Nutzen einer Gewerkschaft bis jetzt noch nicht eingesehen, obgleich ich ihnen die Statuten der Holzarbeitergewerkschaft verschaffte. Was nun den letzten Theil, die Zurückhaltung der Belgier und Italiener von der Sozialdemokratie betrifft, so ist es geradezu lächerlich zu sagen, daß uns dieses ein Dorn im Auge sei, denn wie können wir verlangen, daß sich diese Leute unserm Verein anschließen, da wir der italienischen und belgischen Sprache nicht mächtig sind, und jene der deutschen nicht. Was ferner die einfache Lebensweise und die unverdrossene Thätigkeit anlangt, so muß ich darauf erwidern, daß, wenn ein deutscher Arbeiter in solchen Kleidern des Sonntags einhergehen wollte, wie es die Italiener hier thun, man ihn schon ansehen würde. Unter solchen Umständen kann der Italiener schon billiger arbeiten als der Deutsche, aber das ist es ja gerade, was die Herren Unternehmer und sonstigen Ausbeuter haben wollten; sie haben sich ja dieselben kommen lassen, um den hiesigen Arbeitern Konkurrenz zu machen und die Löhne herunterzudrücken, was auch gelungen wäre, wenn der furchtbare Brand nicht dazwischen gekommen wäre. Was weiter die unverdrossene Thätigkeit betrifft, so glaube ich, daß die deutschen Arbeiter den andern nicht viel nachsehen, nur daß sie mehr Lohn für ihre Thätigkeit verlangen. Der Herrger der Herrn Unternehmer nebst Anhang über die deutschen Arbeiter rühret eben daher, weil ihnen der „Entbehrungslohn“ und die Risikoprämie zum Theil geschmälert wird, woran natürlich wieder die Sozialdemokraten die Hauptschuld tragen. Was nun die Reiningen „Kulis“ betrifft, so will ich darüber nicht weiter sprechen, wer aber mit angesehen hat, wie die ausländischen Arbeiter Seitens der Unternehmer behandelt wurden, der war allerdings versucht, zu glauben, die Herren hätten sich Kulis kommen lassen. Was nun den allerletzten Punkt betrifft, so kann ich dem Verfasser versichern, daß alle fremden Arbeiter nicht im Stande sind, und Sozialdemokraten den festen Boden zu entziehen, und daß unser Boden vielleicht fester ist, als wie der des Herrn Verfassers, denn der unsere heißt Wahrheit, Recht und Freiheit; wie aber heißt denn der ihrige? He!

**Regensburg, 28. Juli.** Sonntag den 24. d. M. fand hier in den Schanklokalkitäten der Stroßer'schen Bierbrauerei eine sehr zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Hasenclever als Referent anwesend war. In das Bureau wurden gewählt die Parteigenossen Jblacker und Malgerdorfer als Vorsitzende, Keilmayer und Müller zu Schriftführern. Nachdem der Vorsitzende die anwesenden Reporter gegnerischer Zeitungen ermahnt, nicht wieder falsche Berichte wie die über die letzte Arbeiterversammlung zu bringen, nahm Parteigenosse Hasenclever das Wort zur folgenden Tagesordnung: 1) Die Thätigkeit des Reichstages. 2) Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands und die Stellung der Regensburger Arbeiter zu derselben. — Ueber beide Punkte sprach der Referent unter fortwährendem Beifall der Versammlung. Er beleuchtete in klarer und durch treffende Beispiele erläuterten Weise die Ausnahmefälle, das Landsturmgesetz, die Coalitions- und Arbeiterfrage. Nicht allein der große Saal und zwei vordere Gastzimmer waren überfüllt, sondern es standen auf der Straße, an den Fenstern und Thüren noch Hunderte von Zuhörern. Es ist dies leicht erklärlich; weil es uns nämlich an agitatorischen Kräften fehlt, konnten wir seit Jahresfrist erst diese eine Volksversammlung abhalten.

**Augsburg, 26. Juli.** (Zum „Rückgang.“) Sonntag den 25. Juli feierte der sozial-demokratische Verein hier selbst sein diesjähriges Stiftungsfest. Der Reichstagsabgeordnete Hasenclever hatte zugesagt, die Festrede zu halten. Das Unternehmen, in einem der größten und schönsten Localitäten, die Augsburg aufzuweisen hat, ein Fest abzuhalten war in Anbetracht der Verhältnisse immerhin ein gewagtes, da an diesem Tage die Jakobi-Kirchweibe stattfand, bei welcher Gelegenheit Alles in die Jakobi-Vorstadt strömte, was nur laufen kann. Trotz alledem war unser Fest so massenhaft besucht, daß kein Tisch oder Stuhl unbesetzt blieb, ja sogar Bierfässer und alle möglichen Stützpunkte wurden herbeigebracht, um für die zahlreichen Gäste Platz zu schaffen. Die Bourgeoisie hatte sich ebenfalls zahlreich eingefunden, vermutlich aus Neugierde, um den vielgenannten Käufer des bekannten Landguts am Pfingensee, Hasenclever, sprechen zu hören.

Dieser Festredner, der erst Abends 6 Uhr von Regensburg eintraf, wurde mit enthusiastischen Hochs begrüßt. Nachdem Gesinnungsgenosse Dehne aus München einen Festgruß gesprochen, betrat Hasenclever die Tribüne und hielt die Festrede. Es würde den Raum dieses Blattes über Gebühr in Anspruch nehmen, wollten wir die Festrede dem Vortrags nach bringen. Nur soviel sei gesagt, daß dieselbe von Freund und Feind günstig beurtheilt wurde. Diese Gelegenheit hat uns neue gezeigt, daß die Sozialdemokratie — im „Rückgang“ begriffen ist.

**Mainz.** Für Frankfurt, Offenbach, Darmstadt, Worms, Mannheim, Wiesbaden u. s. w. diene zur Nachricht, daß die hiesigen Partei- und Gewerkschaften auf Sonntag den 15. August ein allgemeines Volks- und Brudervereinigungsfest projektirt haben, und treten wir an Euch, auswärtige Partei- und Gewerkschaften, mit der Einladung heran, uns mit Eurem Besuche zu erfreuen und mit Humor und Gesang zu unterstützen. Das Festcomité.

Briefe in dieser Sache sind zu richten an: Wilhelm Kramer, Schreiner, große Bleiche 21.

**Köln.** Ich mache hiermit bekannt, daß hier in Köln ein Arbeiter-Leseverein gegründet ist, welcher jeden Sonntag Abend halb 9 Uhr seine regelmäßigen Sitzungen abhält. Dieser Leseverein hat den Zweck, seine Mitglieder durch Vorträge und Beiträge geistig aufzuklären und heranzubilden. Dieses den Genossen zur Nachricht. J. A.: Hermann Bruch, Vors.

**Heilbronn, 5. August.** (Weberstr. 10.) Die hiesigen Dedensfabrikanten haben die Worte des Herrn Minister von Camphausen sehr gut verstanden und dieselben sofort in Anwendung gebracht; aber es scheint, daß diese Herren noch über den Ausdruck des Ministers hinausgehen, denn kaum waren die Worte desselben gefallen, so fand sofort eine Lohnreduktion statt. Aber wir müssen heute von einer Recht ohne Gleichen berichten. Nämlich letzten Donnerstag ist abermals eine Reduktion in der Jäger-Elvert'schen Fabrik eingetreten, und zwar wurde in den Arbeitsfällen angeschlagen, daß vom 14. August an so und so viel weniger bezahlt wird; die Arbeiter haben dieses zu überlegen. Also vom 14. August an ist den Webern ein Hungerlohn in Aussicht gestellt, bei dem Weib und Kind fast hetteln gehen müssen; jedoch die Arbeiter haben die wohlmeinenden Worte der Herren Jäger und Elvert richtig verstanden und am Samstag alle, bis auf drei Mann, gekündigt. Wir sehen nun einem Strike von vorläufig 15—20 Mann entgegen, und haben wir jetzt schon Vorkehrungen getroffen, daß,

falls diese wohlmeinenden Herren auf ihrem Anspruchs beharren, die genannte Zahl der Weber getrost einem mit vollem Recht in Aussicht stehenden Siege entgegensehen kann. Vor Allem aber ist es dringend notwendig, daß jeder Zugang nach hier ferngehalten wird, wenn auch durch Schwindelannoncen versucht wird, Arbeiter dieser Branche hierher zu locken. Das Weitere werden wir sofort in allen Arbeiterblättern bekannt machen. Berufsgenossen! Laßt Euch durch keinerlei Verlockungen verleiten, hierher zu kommen, denn nur durch Fernbleiben wird nicht nur unsere, sondern auch Eure Lage eine bessere.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Verbreitung dieses gebeten.

**London, 3. August.** (Zur Beachtung für Schneider.) Die Mißgunst der englischen gegen die deutschen Schneider, die von den Strikes in den Jahren 1866 und 1867 herrührt und manchen deutschen Gewerkschaften unangenehm hat, fängt an zu schwinden und besseren Gefühlen Platz zu machen. Diese Mißgunst hatte ihre Berechtigung, denn sowohl deutsche als polnische Juden verfertigten die Arbeit zu Spottpreisen, während die englischen Schneider zur Erreichung höherer Löhne im Kampfe lagen. Der Wunsch, allen Fachgenossen die Segnungen der Vereinigung zuzuwenden, hat nun der Vorstand des amalgamirten Schneidervereins veranlaßt, eine Ansprache an die arbeitenden Schneider von Großbritannien und Irland zu richten und auch in deutscher Sprache drucken zu lassen. Dies bezog den kommunistischen Arbeiterbildungsverein, eine Kommission von Schneidern zu ernennen, um eine Versammlung von deutschen Schneidern einzuberufen, welche denn auch am 22. Juni, zahlreich besucht, stattfand. In einer kräftigen Rede forderte Gustav May auf, die jetzt gebotene Bruderverhand der Engländer freudig anzunehmen, worauf die Gründung eines deutschen Zweiges des Amalgamirten Schneidervereins beschlossen und ein provisorischer Vorstand gewählt wurde. Schon am 20. Juli wurde der Vorstand definitiv gewählt. Dies geschah im Besten von London. Der Vorstand, bestrebt, im Osten dasselbe zu erreichen, berief zu gestern im Osten eine Versammlung, welche bald einstimmig beschloß, sich gleichfalls dem Verein anzuschließen, und dann einen provisorischen Vorstand wählte, so daß nun die deutschen Schneider im Osten ihren Genossen im Westen nicht nachsehen werden. Indem ich meiner Freude über diese Fortschritte offen Ausdruck verleihe, erlaube ich zum Schluß jeden hier zureisenden deutschen Schneider, sich direkt an den Vorstand der deutschen Branche des Amalgamirten Schneidervereins zu wenden; derselbe hält jeden Montag Abend in einem der Lokale des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins in The Graven's Arms, 38 Marshalstree, Golden Square, seine Sitzungen. Jeder kann daselbst die nöthige Auskunft erhalten, um nicht in die Hände gewissenloser Ausbeuter zu fallen, wie es so häufig bei denen der Fall ist, welche der englischen Sprache nicht mächtig sind.

Mit Gruß!  
A. Scherzer, Sekretär der deutschen Branche (Westend) des Amalgamirten Schneidervereins.

Von der Metallarbeitergewerkschaft in Leipzig für die streikenden Weber in Brünn erhalten den Betrag von 30 Mark, denselben auch sofort seiner Bestimmung zugeführt. Dank und Gruß  
R. A. Wolf.

**Annoucengebühren**  
Für Juni und Juli 1875

Altona: Arb.-Part. 3,90.; Schlußm. - Gew. 0,90.; Dobne (Kaff.) 0,75. Augsburg: Arb.-Part. 3,75.; Lit.-Ber. 0,50.; Arb.-Ber. 11,50. Barmen: Arb.-Part. 1,50.; Gießler (Stuhr Str.) 0,50. Breslau: Arb.-Part. 1,00.; Köppler Geb. Ang. 0,75. Berlin: Holzarb. - Gew. 4,30.; Afz.-Druck. 16,10.; Böttcher-Ber. 0,80.; Wahlverein 19,30.; Klempnerverein 3,70.; Schneiderverein 4,80.; Metall.-Gew. 1,30. Eisen; Arb.-Part. 2,80.; Tischlerverein 2,00.; Holzarb.-Gew. 1,00. Constanz: Schreiner. 0,60. Coburg: E. Kramer 0,50. Deutz: Brauer (Empf.) 1,50. Dortmund: Wahlverein 1,10. Düsseldorf: Wahlver. 0,70. Elberfeld: Arb.-Part. 1,50. Eisen: Ztg.-Kommission 1,00.; Arb.-Part. 1,00. Frankfurt a. M. Schreiner-Kränzchen 1,00. Gohlis: Arb.-Ber. 3,05. Geier: Demmler (Landpart.) 1,00. Gera: Arb.-Part. 0,50. Gießen: Arb.-Part. 0,50. Hamburg: Buchdrucker (Berminth.) 2,00. Elg.-Ber. 3,50. Metallarb. 0,60. Holzarb. - Gew. 1,90. Arb.-Part. 13,65. Schlußm. - Gew. 2,50. Schneiderver. 1,40. Harburg: Steffens (Gem. Zusammenkunft) 0,75. Laxemburg: Bergarb. 0,50. Mannheim: Arb.-Part. 2,00. Martrankrübi: Arb.-Ber. 0,40. Neerane: Volksw. 6,00. Neukabt a. S.: A. Grabler 2,00. Niederradenstein: Arb.-Partei (Fest) 2,25. Neuschwefeld: Arb.-Ber. 0,60. Rommewes: Bau- u. D.-G. 0,50. Rommshorn: Arb.-B. 1,25. Straßburg: S. Dauter 0,90. Stuttgart: Arb.-P. 3,00.

Sofortige Zahlung obiger Beträge wird umso mehr erwartet, als Annoncen von Restanten — über einen Monat — nicht mehr Aufnahme finden.

Privatannoncen werden nur aufgenommen, wenn der Betrag in Briefmarken beiliegt oder Postvorschuß erhoben werden kann.

Reklamen werden nicht aufgenommen.

[m] Die Expedition des „Volksstaat“.

**Angsburg** Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.  
Samstag, den 14. Aug. bei Bierbrauer Lindner:  
Öffentliche Sozialistenversammlung.  
Tagesordnung: Parteianglegenheiten. J. A.: J. Endres. [40]

**Angsburg** Literarischer Verein.  
Sonntag, den 15. August, Vormittags 10 Uhr:  
Außerordentliche Generalversammlung.  
Tagesordnung: Mittheilung eines Magistratsbeschlusses, die Politische Erklärung des Vereins betreffend. Debatte und Beschlußfassung darüber. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.  
Der Ausschuß. [70]

**Angsburg** Diejenigen Partei- und Gesinnungsgenossen, welche getreten sind einem zu gründenden „Gesangsverein“, werden auf Mittwoch, den 18. Aug., Abends 8 Uhr zu einer Besprechung bei Bierbrauer Eisenmeyer eingeladen.  
J. A.: G. Stollberg. [125]

**Barmen** Sonntag, 15. August, Abends halb 7 Uhr gemüthliche Zusammenkunft bei Berger.  
Montag, den 16. August, Abends 8 Uhr:  
Volksversammlung  
in demselben Lokal.  
L.-D.: Vortrag von Dreesbach 1. B. in Erfeld.  
Der Einberufer. [80]

**Berlin** Gewerkschaft der Holzarbeiter.  
Sonntag, 14. Aug., Abends halb 9 Uhr,  
Andreasstraße 26 bei Sittel.  
Tagesordnung: Naturwissenschaftlicher Vortrag des Herrn Dunitzky über die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte des Menschen.  
Die Genossen werden ersucht, für rege Theilnahme und namentlich für Einführung von Vätern zu sorgen.  
G. Lemke. [70]

**Berlin & Umgegend** Sonnabend, den 14. August cr., im Berliner Prater (Kolbo), Rastanien-Allee 6—9,  
**Großes Sommerfest,**  
bestehend in  
Concert, Theater, Ballet und Gymnastik, Gesang, Deklamationen, Feuerwerk und BALL,  
arrangirt von den Mäuncern Berlins zu Ehren des Hrn. Paul Grottkau.  
Kasseneröffnung 4 1/2 Uhr. Anfang des Concertes 5 Uhr, Ende desselben 11 Uhr. Anfang des Ballets 8 Uhr, Ende desselben 3 Uhr.  
Entrée à Person 30 Pf. Herren, die am Ball Theil nehmen, zahlen 50 Pf. extra.  
Billets zu vorstehender Festlichkeit sind in allen Versammlungen zu bekommen, ferner Sonnabend ebenfalls an der Kasse.  
Herr Grottkau ist anwesend.  
Wir fordern nun nicht bloß die Mäuncer Berlins und der Umgegend auf, recht zahlreich Theil zu nehmen, sondern richten die Bitte auch an alle Parteigenossen Berlins und Umgegend, — da dieses Fest mehr ein Familienfest ist — sich mit ihren Familien ebenfalls zahlreich zu beteiligen.  
Auch findet Abends eine Fackel-Polonaise für Kinder statt, angeführt von Hrn. J. Dietrich, worauf wir die Eltern ganz besonders aufmerksam machen.  
Das Comité. [600]

**Berlin** Sonnabend, den 14. August, Abends 8 Uhr,  
Öffentliche Versammlung in Grätweil's Bierhallen, oberer Saal.  
Vortrag, Diskussion, Fragelasten.  
Um zahlreiche Theilnahme bitten  
Aug. Heinsch. [60]

**Berlin** Vorläufige Anzeige!  
Sonnabend, den 4. September:  
Großes Brudervereinigungsfest.  
Näheres folgt. A. Heinsch. [100]

**Düsseldorf** Sonntag, den 15. August:  
Ausflug nach Neanderthal.  
Abfahrt von Düsseldorf (Berg.-Märk. Bahn) Mittags 12 Uhr, von Gerresheim 1/4 Uhr nach Station Erftath.  
Die Sozialisten von Düsseldorf, Grafenberg etc. sind mit ihren Damen freundlichst eingeladen.  
Das Comité. [200]

**Eimsbüttel** Sonnabend, d. 14. Aug. Abends halb 9 Uhr in Lubbers Salon:  
Große Volksversammlung.  
L.-D.: Die sozialistische Arbeiterpartei und deren Programm. Ref. G. Walthers.  
Alle am Platz! Ernst Ruppman. [60]

**Essen** Sonntag, den 15. August Vormittags 11 Uhr:  
Öffentliche Versammlung  
des Arbeiter-Vereins, im Lokale des Herrn Brandenberg, Grabenstraße.  
L.-D.: Vortrag von Kuhl aus Barmen. Ueber die geschichtliche Mission des 4. Standes.  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein. J. A.: A. Krämer. [70]

**Hannover** Metallarbeiter-Gewerkschaft.  
Montag, den 16. August:  
Öffentliche Mitgliederversammlung  
im Lokale des Herrn Parzill, Knochenhauerstraße 69.  
L.-D.: 1) Sozialer Wochenbericht. 2) Vortrag über das Gewerbe-gesetz. 3) Verschiedenes. Neue Mitglieder werden aufgenommen.  
NB. Die Mitgliederversammlungen finden jetzt jeden Montag statt.  
Der Bev. [80]

**Hamburg** Sonnabend den 14. August:  
Großes Garten-Concert und Ball.  
in den Räumen des Conventgarten; arrangirt von der Liedertafel „Lassalle“ unter Leitung des Musikdirectors Herrn Joh. Schuschke.  
Zur Aufführung kommt unter Anderem: Der Postillon, von H. Sinke Chöre mit Pflanz-Solo, geblasen von Herrn Mohrmann.  
Karten im Voraus à 30 Pf. sind bei allen bekannten Verkaufsstellen, bei allen Colporteurs und Comitésmitgliedern, von den Sängern der Liedertafel, sowie in allen Versammlungen zu haben. Kasseneröffnung 8 Uhr, Anfang 9 Uhr. — Au der Kassa 40 Pf.  
Der Reinertrag ist für die gemäßigten Arbeiterfamilien im östlichen Theile bestimmt.  
NB. Bei unangünstiger Witterung findet das Concert im großen Saale statt.  
Das Comité. [325]

**Hamburg** Freitag, den 13. August, Abends 9 Uhr, in Stadt-lis Etablissement, Valentinsplatz Nr. 41:  
Mitgliederversammlung  
der sozialistischen Arbeiterpartei.  
L.-D.: 1) Wahl eines Agenten resp. Parteileiters. 2) Wahl eines Schriftführers. 3) Wahl eines Broschürenverkäufers.  
E. G. Koffamp. [70]

**Leipzig** Verein der Sattler und Berufsgenossen.  
Allen Kollegen zur Nachricht, daß das Arbeitsnachweibureau und die Herberge sich keine Bindmählenstr. 1b. bei Herrn Boden befinden.  
R. Teubner. [40]

**Leipzig** Arbeiterbildungsverein.  
Sonnabend, den 14. August:  
Generalversammlung. [30]

**Leipzig** Sonnabend, den 14. August, Abends 8 Uhr:  
Öffentliche Eisen- und Metallarbeiterversammlung  
für Reudnitz, Schönfeld, Seltzerhausen etc. im Saale zur grünen Schenke auf dem Anger.  
L.-D.: Was will die deutsche Regierung bezwecken mit der Reichs-Enquete. Referent Kamm aus Leipzig.  
Zahlreichem Erscheinen sehen entgegen Die Einberufer. [70]

**Leipzig** Allgemeine  
deutsche Affoziations-Buchdruckerei zu Berlin.  
(Eingetragene Genossenschaft).  
Gemäß §§ 20 bis 23 unseres Statuts findet Sonntag, den 29. August dieses Jahres, Vormittags von 11 Uhr ab, zu Berlin, im Locale des Restaurants Bogel, Alexanderstraße 31, eine außerordentliche Generalversammlung statt. Die Mitglieder, welche bereits 3 Reichsmark zur Genossenschaftslage eingezahlt haben, sind zur Theilnahme berechtigt und werden hiermit eingeladen.  
Tagesordnung:  
1) Anträge auf Abänderung der §§ 1, 3, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 15, 16, 17, 20, 21, 22, 24, 26, 27 und 28 des Statuts.  
2) Neuwahl des Vorstandes und des Aufsichtsraths.  
3) Ausübung der bezüglich des Geschäftsbetriebes nach § 22 des Statuts der Generalversammlung zustehenden Befugnisse.  
Für den Ausschuß des Aufsichtsraths.  
Berlin, den 8. August 1875. Ed. Bernheim, Sekretär. [180]

Sowen ist im Verlage der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig erschienen und durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ und die Expedition des „Neuen Sozialdemokrat“ in Berlin zu beziehen:  
A. Geib: Der Normalarbeitstag.  
(30) Preis pr. Expl. 15 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: H. Kuntz in Leipzig.  
Redaktion Dohsestraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.  
und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.